

Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Elke Hoff, Birgit Homburger,
Dr. Rainer Stinner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 16/7176 –**

**Medizinische Versorgung der Bundeswehr an die Einsatzrealitäten anpassen –
Kompetenzzentrum für posttraumatische Belastungsstörungen einrichten**

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten Paul Schäfer (Köln), Inge Höger,
Monika Knoche, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/8383 –**

**Adäquate Behandlungs- und Betreuungskapazitäten für an posttraumatischen
Belastungsstörungen erkrankte Angehörige der Bundeswehr**

A. Problem

Beide Fraktionen stimmen darin überein, dass die Anzahl der Auslandseinsätze der Bundeswehr in den letzten Jahren gestiegen sei. Parallel dazu sei auch der psychische Druck, dem Soldaten in Auslandseinsätzen ausgesetzt seien, angewachsen. Dementsprechend habe sich in den Jahren 2004 und 2005 die Zahl der an posttraumatischen Belastungsstörungen erkrankten deutschen Soldaten gegenüber den Vorjahren verdreifacht.

Daran anknüpfend moniert die Fraktion der FDP, dass in den Bundeswehrkrankenhäusern in Hamburg, Koblenz, Ulm und Berlin lediglich jeweils zwischen 25 und 33 Betten in den psychiatrischen Abteilungen zur Verfügung stünden. Dies sei gemessen an den rund 7 600 Bundeswehrsoldaten, die sich derzeit in Auslandseinsätzen befänden, zu wenig. Immerhin müssten jährlich rund 200 Soldaten ihren Auslandseinsatz wegen des psychischen Drucks vorzeitig beenden. Zudem fehle ein Kompetenz- und Forschungszentrum zur Behandlung von posttraumatischen Belastungsstörungen.

Die Fraktion DIE LINKE. kritisiert, dass der reale Bedarf an Betreuungs- und Behandlungskapazitäten weder ermittelt worden sei noch bereitgestellt werde. Ebenso sei die Entwicklung eines umfassenden Betreuungs- und Rehabilitationskonzepts für einsatzbedingte psychische Erkrankungen unterblieben.

B. Lösung

- 1. Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/7176 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. und bei einer Stimmenthaltung innerhalb der Fraktion der SPD**
- 2. Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/8383 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.**

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/7176 abzulehnen,
2. den Antrag auf Drucksache 16/8383 abzulehnen.

Berlin, den 9. Juli 2008

Der Verteidigungsausschuss

Ulrike Merten
Vorsitzende

Bernd Siebert
Berichterstatter

Jörn Thießen
Berichterstatter

Elke Hoff
Berichterstatterin

Paul Schäfer (Köln)
Berichterstatter

Winfried Nachtwei
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Bernd Siebert, Jörn Thießen, Elke Hoff, Paul Schäfer (Köln) und Winfried Nachtwei

I. Überweisung

1. Antrag auf Drucksache 16/7176

Der Antrag auf **Drucksache 16/7176** wurde in der 151. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. März 2008 an den Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung überwiesen.

2. Antrag auf Drucksache 16/8383

Der Antrag auf **Drucksache 16/8383** wurde in der 151. Sitzung des Deutschen Bundestages am 13. März 2008 zur federführenden Beratung an den Verteidigungsausschuss und zur Mitberatung an den Rechtsausschuss und den Ausschuss für Gesundheit überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/8383 in seiner 107. Sitzung am 25. Juni 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag auf Drucksache 16/8383 in seiner 90. Sitzung am 25. Juni 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlagen in seiner 83. Sitzung am 25. Juni 2008 abschließend beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und SPD, bei einer Stimme Enthaltung innerhalb der Fraktion der SPD, gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/7176.

Bezüglich des Antrags auf Drucksache 16/8383 empfiehlt der Verteidigungsausschuss mit den Stimmen der Fraktionen

CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. ebenfalls die Ablehnung.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärt, dass die Anzahl der an einer posttraumatischen Belastungsstörung erkrankten Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in den vergangenen Jahren in der Tat zugenommen habe. Die Einrichtung eines Kompetenzzentrums werde jedoch abgelehnt, um die betroffenen Soldatinnen und Soldaten nicht zu stigmatisieren. Im Übrigen werde die Koalition der Fraktionen der CDU/CSU und SPD in dieser Angelegenheit demnächst selbst aktiv werden, so dass der Antrag der Fraktion der FDP trotz mancher als positiv zu bewertender Inhalte unnötig sei. Hinsichtlich des Antrags der Fraktion DIE LINKE. fehle es dagegen gänzlich an inhaltlichen Übereinstimmungen.

Aus Sicht der **Fraktion der SPD** müsse man sich mit dem Thema verstärkt beschäftigen, weshalb in der Tat demnächst ein gemeinsamer Koalitionsantrag vorgelegt werde. Die Ausführungen im Antrag der Fraktion DIE LINKE. widersprechen jeglicher wissenschaftlicher Begründung für posttraumatische Belastungsstörungen.

Die **Fraktion der FDP** betont, dass mit dem Antrag ein Signal in Richtung der Soldaten gesetzt werden solle, dass die grundsätzliche Problematik erkannt sei und in absehbarer Zeit einer Lösung zugeführt werden solle, um den berechtigten Anliegen der Soldatinnen und Soldaten Rechnung zu tragen. Keineswegs gehe es darum, betroffene Bundeswehrangehörige durch die Einrichtung eines Kompetenzzentrums zu stigmatisieren.

Die **Fraktion DIE LINKE.** ist ebenfalls der Auffassung, dass das Thema eine intensivere Beschäftigung verdiene. Es komme darauf an, den Betroffenen möglichst schnell konkrete Hilfestellungen zu geben.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** weist darauf hin, dass die Problematik der posttraumatischen Belastungsstörungen insgesamt noch unterschätzt werde. Insofern werde der Antrag der Fraktion der FDP unterstützt, um hier ein positives Zeichen zu setzen. Im Gegensatz dazu enthielten die Eingangsfeststellungen des Antrags der Fraktion DIE LINKE. Pauschalbeschuldigungen, die nicht akzeptabel seien, weshalb der Antrag abgelehnt werde.

Berlin, den 9. Juli 2008

Bernd Siebert
Berichtersteller

Jörn Thießen
Berichtersteller

Elke Hoff
Berichterstellerin

Paul Schäfer (Köln)
Berichtersteller

Winfried Nachtwei
Berichtersteller